

Litauische Rundschau

Einzige deutsche Tageszeitung in Litauen.
Organ der Partei der Deutschen Litauens!

Geschäftl. u. Redaktion: Kowno, Keistučių g-vė Nr. 4.
Telephon Nr. 323. Postfach Nr. 25.
Telegrammadresse: Litru Kaunas.
Postcheckkonto Königsberg i/Pr. Nr. 13680.
Geschäftsstunden: von 8—12 Uhr vormittags u.
von 4—7 Uhr nachmittags.

II. Jahrgang.
Nr. 66.

Kowno, Sonntag 10. April 1921.

Die „Litauische Rundschau“ erscheint täglich ausser Montags.
Abonnementspreis fürs Inland per Post und Ausgabestellen
für 1 Monat — 10. M. Für 3 Monate — 30. M. Fürs Ausland
für 1 Monat — 25. M. Für 3 Monate — 75. Mark.
Anzeigen kosten: die Kleinzeile oder deren Raum 3 Mark-
aus bevorzugter Stelle (über dem Anzeigenzettel) 4. M. 50. Pf.
Stellengesuche, Stellenangebote & Familiennachrichten 2 Mark.
Preisänderungen behaltet sich die Redaktion vor.

Ceterum censeo...

Ein Mahnwort an die bevorstehende
Brüsseler Konferenz.

Von E. Jansen.

Wir leben hier zu Lande noch immer in dem Zustande des „Hangens und Banges in schwebender Frage“, soweit es sich um die Lösung der Wilnaer Frage handelt. Dem Jubel, den das litauische Volk im Herbst des vorigen Jahres empfinden durfte, folgte alsbald eine bittere Enttäuschung. Der Zusammenbruch der bolschewistischen Truppenverbände im Kampfe gegen Polen brachte es mit sich, dass die Polen das von ihnen vorher aufgegebenen Gelegenheit der Polen, mussten die litauischen Truppen sich aus Wilna nach kurzer Besetzung der Stadt wieder zurückziehen.

Seitdem ist es Litauen noch nicht wieder gelungen, sein angestammtes Eigentum aus den Händen der Polen zurückzuerhalten, und alle Nachrichten, die aus polnischen Kreisen Wilnas und aus den Kreisen der polnischen Regierung und Volksvertretung in Warschau vorliegen, lassen eins immer wieder deutlich erkennen, dass die Polen nicht geneigt sind, das gutwillig aufzugeben, was man ihnen mit Gewalt nicht nehmen kann. Sie sind in diesem Falle die „beati possidentes“, denen umso weniger beizukommen ist, als der Völkerbund eine klare Haltung in der Wilnaer Frage bisher nicht eingenommen hat.

Das ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass Frankreich, das in allen kontinentalen Fragen im Völkerbunde den Ausschlag zu geben scheint, auf dem Polens steht. Es soll hier nicht meine Aufgabe sein, die Gründe für Frankreichs Haltung näher zu untersuchen. Ich habe in früheren Artikeln wiederholt gezeigt, weshalb Frankreich ein Interesse daran hat, dass Polen Wilna und das daran angrenzende nördliche Gebiet bis zur lettischen Grenze besitzt. Aus dieser Begünstigung von Seiten Frankreichs schöpfen denn auch die Polen wohl in der Hauptsache den Mut zu ihrer brüskierten Haltung gegenüber Litauen, so gut wie Frankreichs gütig lächelndes Auge sie auch zu den Greueln in Ober-schlesien ermutigt.

Einen letzten Versuch wird der Völkerbund nun noch machen, um die Wilnaer Frage endlich auf der Welt zu schaffen. Auf seinen Vorschlag wird am 18. April in Brüssel, unter dem Vorsitz von Hyamans, eine Besprechung zwischen litauischen und polnischen Vertretern stattfinden von der wir das Heill erhoffen sollen. Es steht uns vielleicht nicht an, schon heute zu dem voraussichtlichen Ausgang dieser Konferenz zu wagnen. Aber eins scheint mir bei der Haltung der polnischen Regierung ziemlich sicher zu sein: Viel wird dabei nicht herauskommen. Schon die Vorbedingungen, unter denen die Konferenz zustande kommt, lassen diese Vermutung durchaus zu. Es werden zunächst Vorverhandlungen durchzuführen werden, durch die eine Basis für die endgültige Entscheidung der Frage geschaffen werden soll. Also von vornherein Schwierigkeiten, die auch diesmal von polnischer Seite gemacht werden. Es gehört wirklich ein ganz beträchtliches Mass von Optimismus dazu, dieser Konferenz unter diesen Umständen ein günstiges Horoskop stellen zu wollen.

Umso klarer und einwandfreier ist die Haltung der litauischen Regierung. Aus ihr ist eins vor allem zu erkennen: der Wille, ein Ende zu machen mit dem auf die Nerven gehenden Kampfe um sein Recht. Aber auch der unerschütterliche Wille, sein Eigentum endlich zu bekommen.

Es erscheint mir zweckmässig, in diesem Augenblick noch einmal die öffentliche Meinung Europas

auf die Gesichtspunkte aufmerksam zu machen, die für die litauische Regierung, für das litauische Volk in seiner Haltung in der Wilnaer Frage massgebend sind.

Drei Momente sind es, die für Litauen ins Gewicht fallen: das historische, ethische und wirtschaftliche.

I.

In vorhistorischer Zeit wohnten die baltischen Völker nach ihrer Trennung von der grossen arischen Völkerfamilie, der sie als ein besonderes Glied angehören, im Gebiet des Pregels, der Memel, der Düna und am baltischen Meere. Nur spärliche Spurrer geben uns Auskunft über die Urzeit der Litauer. Aus Funden aus der Steinzeit ist zu schliessen, dass sie bereits in dieser Periode am Baltikum gewohnt haben. Gräberfunde von der Kurischen Nehrung, die etwa aus der Zeit um 3000 vor Christi Geburt datiert werden, weisen Hämmer, Spaten und Waffen auf.

Weit sicherere Aufschlüsse geben die Überreste der Eisenzeit, in welcher Zeit auch sprachliche Merkmale als Geschichtszeugen auftreten. Aus ihnen ist deutlich zu erkennen, dass die Litauer schon damals ein Ackerbau treibendes Volk waren.

Aus der Zeit unmittelbar vor Christi Geburt berichtet Ptolemäus von zwei litauischen Stämmen, den Sudawai und den Galindai, welche bei Tacitus Aestii genannt wurden.

Vor der Völkerwanderung setzen sich die Litauer aus verschiedenen Stämmen zusammen, die von der Mündung der Weichsel bis an den Peipussees ihre Wohnsitze hatten. Die östliche Grenze ihres Siedlungsgebietes bildete etwa die Linie von der Memelquelle bis Druja an der Düna. Als staatsgeschichtlicher Begriff tritt uns Litauen im 11. Jahrhundert entgegen, Kämpfe mit Russen und Deutschen sind es, die uns zuerst von ihm berichten.

Um das Jahr 1220 taucht zum erstenmal ein Mann aus der Zahl anderer gleichberechtigter Führer auf, der berufen scheint das litauische Volk aus seiner Isolierung heraus an das Licht der Geschichte zu ziehen. Seit dem Jahre 1239 galt er als Herr über die anderen kleineren Fürsten. Damit war die Gründung des litauischen Staates vollzogen.

Mit wechselndem Geschick hat sich das litauische Staatswesen in den folgenden Jahrhunderten weiter entwickelt. Innere Streitigkeiten unter den verschiedenen Fürsten sind der Entwicklung oftmals hinderlich gewesen. Trotzdem haben überragende Persönlichkeiten, wie Gedmin, Algird, Keistut, Vytaut es vermocht, die Macht des litauischen Staates in unauflöshlichen äusseren Kämpfen zu überragender Bedeutung unter den Völkern des westlichen Russland zu bringen. Unter Vytaut (1392—1430) reichen die Grenzen des litauischen Staates bis an den Oberlauf des Don heran. Ausserdem waren weite Gebiete im Norden — so die späteren Gouvernements Pleskau, Norgorod, Twer und andere und die Gebiete am Schwarzen Meer bis tief in den Kaukasus hinein dem litauischen Staate tributpflichtig.

(Fortsetzung folgt).

Vergl.: Dr. Joseph Ehret, Litauen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, 1919, ferner Antanas Alekna, Lietuvos istorija, 1919 und andere.

Vom griechisch-türkischen Krieg.

Der anfängliche Erfolg der Griechen hat sich, nach den letzten, hier eingetroffenen Meldungen, in eine schwere Niederlage verwandelt. Reuter gibt den griechischen Heeresbericht vom 5. weiter, in dem es unter anderem heisst: Die Kämpfe bei Eskloheir sind momentan beendet. Wir haben uns ohne Schwierigkeiten auf die Ausgangsstellungen zurückgezogen. Die Türken hatten grosse Verluste. Wir haben Burgaza 45 Kilometer südlich von Uschak

Kino-PALAS, Kowno.

ab 4 April „BERLIN W“.

Riesensfilm mit ersten Berliner Künstlern
Täglich nur 2 Vorstellungen pünktlich um 6 Uhr u. 8 1/2 Uhr.
Vorverkauf v. II—I Uhr im Theater-Büro I. Treppe.

genommen und 300 Türken in die Flucht geschlagen. Wir haben die Bahnstation Tehivir besetzt, von wo wir 1000 Türken vertrieben. Bei Afjunkturabissar haben wir die 40. aus Cilicien herangezogene türkische Division geschlagen.

Soweit der griechische Bericht. Von anderer Seite berichtet, gewinnt die Lage der Griechen ein etwas anderes Bild. Danach ist die griechische Niederlage bei Eskloheir katastrophal. Wie der „Temps“, aus Athen berichtet, haben die Griechen in diesen Kämpfen etwa 8000 Mann verloren, unter denen sich viele Offiziere befanden. Der Rückzug verursachte in Athen grosse Niedergeschlagenheit.

Die Offiziere und Unteroffiziere der Kavallerie der Jahrgänge 1910—1913 werden zu den Waffen gerufen. Die Kriegsberichterstatter bezeichnen die griechische Lage als befriedigend.

Zur Lage in Deutschland.

Nach einer Meldung der Berliner „Elta“ sind in Mitteldeutschland bis jetzt 3642 Aufständische verhaftet worden. Noch immer werden Sprengstoff-Attentate verübt. Die deutsche Regierung ist der Meinung, dass diese Attentate von dem Kommunistenführer Hölz ausgehen.

Das Versammlungsverbot für den Bereich von Grossberlin ist aufgehoben worden. Auch in dem Gebiet links des Rheins ist das Streikverbot aufgehoben worden.

Kleine Meldungen

Nach einer Prager Radiomeldung hat der Internationale Studentenkongress den Beschluss gefasst in der Schweiz ein Sanatorium einzurichten. Die Kosten sollen durch einen Immatrikulations-Zuschlag, der an allen Hochschulen eingezogen werden soll, aufgebracht werden.

Wie die „Times“ zu berichten weiss, sind in Kronstadt 7000 Personen ermordet worden. Die Bolschewisten haben zum alle Tode verurteilt die mit der Waffe in der Hand verhaftet wurden, trotzdem sie Straflosigkeit zugesichert hatten.

Konzerte.

Am 12. April, abends 8 Uhr, veranstaltet der litauische Opernverein seinen vierten Kammermusikabend. Zur Aufführung werden Werke von Mozart, Schubert und Mendelssohn gelangen. Mitwirken werden J. Bieliunas (Bariton), P. Oleka (Bass), J. Byra (Tenor), am Klavier Al. Katschanaukas. Ferner wird ein Soloklavivortrag von Frau Laumianskiene und ein Streichquartett unter der Leitung des Herrn Saidmann zu Gehör gebracht werden. Karten täglich von 5—7 Uhr nachm. an der Theaterkasse.

Berliner Börse vom 8. April.

			Geld.	Brief.
London	1 Pfd. Stl.	M.	241.37	241.37
New-York	1 Dollar	„	61.55	61.60
Amsterdam	1 Gulden	„	21.35	21.30
Stockholm	1 Krone (schwed.)	„	14.49	14.52
Kopenhagen	1 „ (dän.)	„	11.13	11.16
Zürich	1 Franc	„	10.66	10.63
Paris	1 „ (franz.)	„	4.54	4.55
Brüssel	1 „	„	4.36	4.37
Rom	1 Lire	„	2.87	2.87
Helsingfors	1 Mark (finn.)	„	1.48	1.49
Warschau	1 „ (poln.)	„	0.0745-45	—

Zur Lage in England.

Verschärfung der Lage. — Ablehnende Haltung der Arbeiterschaft.

Die Führer der Grubenarbeiter haben sich gegen die Auffassung Lloyd Georges ausgesprochen. Hartshorn erklärte, dass der Ministerpräsident alle Ansichten für eine Einigung genommen habe. Die von ihm angegebenen Gründe machten es den Grubenarbeitern unmöglich, mit den Bergwerksbeitzern zur Beratung zusammenzutreten.

In Cardiff ist es anscheinend zu Stockungen im Entladenedienst im Hafen gekommen. Die Fabriken haben am 6. April die Arbeit eingestellt.

Wie Reuter meldet, machte die englische Regierung bekannt, dass in Kensington Garden eine Verpflegungsstelle eingerichtet werde.

Im Oberhause und im Unterhause wurde die Kohlenkrise besprochen. In der Diskussion wurde die Notwendigkeit gegenseitigen Entgegenkommens in weitem Masse betont.

Im Oberhause erklärte Curzon, dass die Speicher des Landes bedeutende Mengen an Lebensmitteln aufwiesen. Wenn sich Schwierigkeiten bei der Verteilung herausstellten, so müsste die Regierung für eine ausreichende Organisation des Transportwesens sorgen. Gleichfalls wären für die Aufrechterhaltung der Ordnung und den Schutz der staatlichen Gebäude die nötigen Massnahmen zu treffen. Mit Hilfe der Polizei müssten die besonnenen Elemente des Bürgertums für den Schutz der Gruben eintreten. In jedem Falle werde die Regierung alles tun, um den Frieden zwischen den Grubenbesitzern und den Arbeitern wiederherzustellen.

In einer Versammlung der Transportarbeiter am 5. April wurde, wie Reuter weiter meldet, einstimmig der Beschluss gefasst, die Bergwerksarbeiter in ihrer Haltung zu stützen. Ungeachtet der dadurch geschaffenen ersten Lage, hat sich die allgemeine Lage doch dadurch gebessert, dass der Ministerpräsident vermittelnd eingetreten ist und den Grubenarbeitern und Grubenbesitzern den Vorschlag zur Wiederaufnahme der Verhandlungen gemacht hat, dem beide Teile zugestimmt haben. Auch die Eisenbahner haben noch keinen Beschluss gefasst, in einen Sympathiestreik einzutreten, haben vielmehr die Beratung dieser Frage auf den 7. April vertagt. Es hat den Anschein, dass die Transportarbeiter und Eisenbahner dahin übereingekommen sind, das Ergebnis der neuen Verhandlungen abzuwarten.

Die bisher eingetroffenen Nachrichten aus England hatten noch immer eine gewisse Aussicht auf friedliche Beilegung des Streites offen gelassen. Zum mindesten war die Hoffnung vorhanden, dass während der vorgeschlagenen und von den Arbeitgebern angenommenen Verhandlungen die Notstandsarbeiten auf den Bergwerken ausgeführt werden würden.

Diese Hoffnung hat sich jedoch nicht erfüllt. In der Sitzung des Unterhauses am 7. April wurde Lloyd George mitgeteilt, dass die Arbeiterführer seine Vorschläge ablehnten. Lloyd George wandte sich darauf noch einmal an die Arbeiterführer, um sie zu Verhandlungen zu bewegen, allerdings vergeblich. Wie das Wolfische Telegraphische Büro am 8. April meldet, hat die Regierung die Verhandlungen infolge der Weigerung der Arbeiter, die Notstandsarbeiten verrichten zu lassen, abgebrochen. Damit hat sich der Konflikt bedeutend verschärft. England macht im Augenblick die grösste Krisis im Laufe seiner Geschichte durch.

Beträchtlich an Bedeutung gewinnt die Bewegung dadurch, dass auch die Transportarbeiter und Eisenbahner zu der ganzen Streifrage Stellung genommen haben. Hatten sie sich bisher abwartend verhalten, so ist es nunmehr auch in ihren Kreisen zu einem offenen Bruch mit der Regierung gekommen, indem sowohl die Eisenbahner als auch die Transportarbeiter den Sympathiestreik beschlossen haben, der am 9. April in Kraft treten soll.

Wie immer in solchen Fällen, sind auch gleich die Kadamacher und Wüdlinge unter den Arbeitern am Werk. So kam es, wie das Wolfische Telegraphische Büro meldet, am 8. April in den verschiedenen Bergwerksbezirken zu Kundgebungen und Zusammenstössen mit der Polizei.

In Schottland warfen die Bergarbeiter Handgranaten, um Arbeitswillige, die Pumpen bedienten, zu terrorisieren. In Wilsontown marschierten 5 000 Arbeiter unter Musik zu den Bergwerken und zwangen zum Verlassen der Bergwerke. Sie entfalteten eine rote Fahne und sangen revolutionäre Lieder. In Cowdenboath ging die Polizei mit Knüppeln gegen die Menge vor und zerstreute sie. Es ist beträchtlicher Sachschaden angerichtet worden. (Elta.)

Die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen.

Konsulatsvertrag. — Sicherung deutscher Unternehmungen.

BERLIN, 6. April. Wie eine Nachrichtenstelle ausheindlich halbamtlich berichtet, soll der engültige Abschluss des deutsch-russischen Konsulatsvertrages unmittelbar bevorstehen.

Der Vertrag liege zurzeit der Sowjetregierung zur definitiven Zustimmung vor. In Deutschland werde er schon deswegen auf keinerlei Schwierigkeiten stossen, weil er auf die Anrechte deutscher Eigentümer in Russland keineswegs verzichtet. Vielmehr erhalten die deutschen Unternehmer, die ihre Unternehmungen in Russland verlassen mussten, nunmehr Gelegenheit, unter dem sicheren Schutz des Konsulatsvertrages die Reise nach Russland anzutreten und selbst an Ort und Stelle die wirtschaftlichen Beziehungen anzuknüpfen. Wie weiter mitgeteilt wird, sollen bereits mehrere Industriekonzerne, darunter der Stinnes- und Thyssen Konzern sich bedeutsame Wald und andere Konzessionen durch Ankauf gesichert haben. Der Vertrag über die Ausdehnung der wirtschaftlichen Beziehungen sieht auch eine Verbesserung der deutschen Konsulatsvertretung in Moskau vor. („K.H.Z.“)

Immer noch Gewaltpolitik gegen Deutschland.

BERLIN, 6. April. Die interalliierte Militärkontrollkommission hat dem Auswärtigen Amt eine neue Note über die deutsche Polizei zugehen lassen.

Nach der „D. A. Z.“ behauptet sie darin, die Polizei trage unzulässigerweise noch immer den Charakter einer beweglichen militärischen Streikkraft. Sie stellt sich ferner auf den Standpunkt, dass die Deutschland in der Note von Boulogne zugestandenen 150 000 Mann nicht nur die uniformierte sogenannte Ordnungspolizei, sondern auch die Polizei in Zivil (Kriminal- und Verwaltungspolizei) umfassen müsse.

Das Auswärtige Amt hat in einer Antwortnote dargelegt, dass die jetzige deutsche Polizei den in der Note von Boulogne gestellten Forderungen durchaus entspreche und nicht als militärische Organisation betrachtet werden kann.

Ihr Charakter als lokale Polizei wird dadurch nicht beeinträchtigt, dass im Notfalle Polizeikräfte vorübergehend ausserhalb ihrer Bezirke verwendet

werden können. Die Notwendigkeit einer solcher Verwendung haben die Ereignisse der letzten Zeit schlagend gezeigt. In der deutschen Note wird ferner nachgewiesen, dass die Note von Boulogne von vornherein von beiden Seiten dahin verstanden worden ist, dass die in ihr zugestandenen 150 000 Mann nur die uniformierte Polizei umfassen. Für diese Auffassung liegen nicht nur mündliche, sondern eine Reihe schriftlicher Aeusserungen der Kontrollkommission vor.

Die deutsche Note schliesst folgendermassen: Es kann bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt bleiben, dass die Entscheidungen der Kontrollkommission über die Bewaffnung der Polizei mit den Erklärungen der Note von Boulogne unvereinbar sind. Dort haben die Alliierten ausdrücklich die Notwendigkeit anerkannt, der deutschen Regierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe im Innern ausreichende Kräfte zu belassen. Die Ereignisse in Mitteldeutschland haben von neuem gezeigt, dass die Polizei mit der zugelassenen Bewaffnung den Ausgaben nicht gewachsen ist, die an sie herantreten können. Sie hat es immer wieder mit zahlenmässig überlegenen und mit weit stärker bewaffneten Gegnern zu tun. Trotz aller Anstrengungen ist für absehbare Zeit nicht damit zu rechnen, dass es gelingt, aller im Lande verborgenen Maschinengewehre habhaft zu werden und jedes versteckte Gewehr zu entdecken. Ueberdies werden verbrecherische Elemente sich immer wieder auf irgendeine Weise in den Besitz neuer Waffen zu setzen wissen. Die deutsche Regierung muss es sich unter diesen Umständen vorbehalten, neue Anträge wegen einer besseren Bewaffnung zu stellen. K.H.Z.

Deutschland verlangt Oberschlesien ungeteilt für sich.

Deutsche Note an die interall. Kontrollkommission.

BERLIN, 8. 4. (Elta.)

Wie das Wolfische Telegraphische Büro meldet, hat die deutsche Regierung den Regierungen der Entente und der interalliierten Kontrollkommission in Oppeln eine ausführliche Note in der Oberschlesienfrage übergeben, in der sie unter Hinweis auf das trotz des polnischen Terrors für Deutschland günstige Ergebnis der Abstimmung und auf die unlösliche wirtschaftliche Zugehörigkeit Oberschlesiens zum Deutschen Reich den Antrag stellt, das gesamte

oberschlesische Abstimmungsgebiet ungeteilt dem Deutschen Reiche zuzusprechen.

Es ist übrigens interessant festzustellen, dass die polnische Presse noch immer nicht zugeben will, dass das Ergebnis der Abstimmung für Deutschland günstig ausgefallen ist. „Wilenskoje Slowo“ widmet dieser Frage eine längere Betrachtung, in der das Blatt etwa folgendes ausführt:

Wohl haben die polnischen Telegraphen-Agenturen das Abstimmungsergebnis bekannt gemacht. Das Resultat sei 61 % gegen, 39 % gewesen. Sie überliessen es jedoch dem Leser, zu raten, für wen die 61 % Stimmen abgegeben worden sind und wie wenig die 39 %. Erst aus deutschen, tschechischen und anderen Zeitungen habe die polnische Öffentlichkeit erfahren müssen, dass Deutschland die Majorität der Stimmen erhalten habe.

„Wilenskoje Slowo“ knüpft daran die ganz berechnete Schlussfolgerung, dass es gegenüber der rechtlichen Verschleierungstaktik geboten erscheine, derartigen Verschleierungstaktik geboten erscheine, den Nachrichten der polnischen Telegraphenagenturen und Zeitungen das grösste Misstrauen entgegenzubringen.

Deutschland verweigert englischen Schiffen die Durchfahrt durch den Kieler Kanal?

WARSCHAU, 8. 4. (Elta)

Nach einem Warschauer Funkspruch verweigert die deutsche Regierung dem mit Kriegsmaterial für die Polen beladenen englischen Schiffe „Simbleden“ die Durchfahrt durch den Kieler Kanal. Die Botschaften der Konferenz, die hierin eine offensichtliche Verletzung des Versailler Vertrages erblickt, hat energisch dagegen Protest eingelegt.

Die Polnische Politik in den „Kressen“.

Gewisse polnische Kreise sind, unter vollkommener Nichtachtung der offiziellen Erklärungen der polnischen Regierung, bemüht, die Polen benachbarten Länder zu polonisieren und dort das „polnische Element“ zu schaffen, das den Grundstein für alle zukünftigen Ansprüche Polens auf diese Länder bilden soll.

Die erfolgreichste Tätigkeit nach dieser Richtung entfaltete die polnische Gesellschaft K. O. K. (Komitee zur Verteidigung der Kressen). Mit „Kressen“ bezeichnen die Polen die Länder, die bis zum Jahre 1772 zu Polen gehörten, ethnographisch aber nichts mit Polen zutun hatten. Zu diesen „Kressen“ gehören Galizien, ein Teil der Ukraine, Weissrussland, Litauen, Lettgaleien und beinahe ganz Kurland. Diese Gebiete sind zu einem grossen Teil von polnischen Gutsbesitzern bewohnt, deren Initiative die Bildung der „Kressen“ zuzuschreiben ist.

Das K.O.K. arbeitet in den verschiedensten Richtungen: aufklärend, durch Agitation und auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Es gibt in allen Sprachen Propagandaliteratur heraus, errichtet Schulen, legt Warenlager an, und was dergleichen mehr ist. In der letzten Zeit machte sich seine Tätigkeit besonders in Lettgaleien fühlbar, besonders in dem östlichen Teil des Kreises Dünauburg, Lutzk und Reschitz. Besondere Aufmerksamkeit wird der Polonisierung der Weissrussen und der katholischen Letten zugewendet. In wirtschaftlicher Hinsicht sucht die Organisation den Absatz polnischer Waren zu fördern, die heimische Erzeugung aber und die Einfuhr sonstiger ausländischer Waren zu verdrängen.

Es ist kein Geheimnis, dass die an sich private Organisation von der polnischen Regierung lebhaft unterstützt wird, die der Idee des K. O. K. — Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 — sehr sympathisch gegenübersteht. (W.P.B.)

Kabinettskrise in Warschau.

Nach einer Meldung der Berliner „Elta“ hat Finanzminister Stetschkowski seine Demission eingereicht. Nach Meldungen aus Warschau ist infolgedessen der Rücktritt des gesamten Kabinetts Vitkos zu erwarten.

Polytechnikum in Lodz.

WARSCHAU 8. 4. (Elta)

Nach einem Warschauer Funkspruch sind die industriellen Kreise vom Lodz um die Errichtung eines Polytechnikums in Lodz bemüht:

Wechel im lit. Kriegsministerium. — Prof. Schimkus Kriegsminister.

KOWNO 8. 4. (Elta)

Der zeitweilige Staatspräsident und Präsident des Seims, Stulginkas, hat dem Ersuchen des bisherigen Kriegsministers und zeitweiligen Obersten Heeresfürers, Oberstleutnant Zukas, um Enthebung von seinem Posten stattgegeben. An seiner Stelle wurde Prof. Schimkus zum Kriegsminister ernannt.

Keine Friedensverhandlungen Englands mit Russland.

LONDON, 7. 4. (Elta).

Wie Reuter meldet, brachten Abgeordnete im Unterhause eine Anfrage ein, ob die Regierung mit Russland Verhandlungen wegen eines allgemeinen Friedens aufgenommen und die dazu erforderlichen Schritte getan habe. Der Vertreter der Regierung verneinte dies.

Polen bekommt 354 deutsche Lokomotiven.

WARSAU, 7. 4. (Elta).

Nach einer Radiomeldung hat die deutsche Regierung gegen den Beschluss der Reparationskommission, an Polen 354 Lokomotiven auszuliefern, protestiert. Der Einspruch wurde vom Botschafterrat verworfen. Die Auslieferung der Lokomotiven wird am 11. April beginnen und etwa zwei Monate dauern.

Der griechisch-türkische Krieg.

LONDON, 7. 4. (Elta).

Nach einer Meldung des Reuters Büros aus Smyrna mobilisieren die Griechen sieben Jahrgänge. Es werden sowohl Griechen als auch Ottomanen mobilisiert.

Der Postverkehr zwischen England und Russland aufgenommen.

LONDON, 7. 4. (Elta).

Nach einer Reutermeldung erklärte der englische Postminister, dass am 7. April der Postverkehr zwischen England und Russland wieder aufgenommen werde. Nach einer Erklärung der russischen Postverwaltung können Postsendungen nach dem gesamten europäischen Russland einschliesslich der Ukraine, Grusien, Aserbeidschans, sowie nach dem asiatischen Russland einschliesslich Wladiwostok befördert werden. Die Post nimmt Briefe, Drucksachen und Mustersendungen an. Bis auf weiteres gehen sämtliche Sendungen zunächst nach Moskau, von wo aus sie verteilt werden.

Kleine Meldungen

Wie Warschau radiotelegraphisch meldet, trifft am 12. April in Warschau eine Sowjetdelegation ein, mit der die Frage des Kriegsgefangenen austausches geregelt werden soll.

Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des polnischen Seims bereitet in drei Sitzungen bis zum 14. April die Diskussion über den Rigaer Vertrag vor.

Polen verteilt amerikanische Gaben in Wilna.

Um die Polonisierung in Wilna und in dem westlichen Teil Weissrusslands recht erfolgreich zu gestalten, scheuen die Polen keinerlei Mittel. So verteilen sie die amerikanischen Gaben nur an diejenigen die mit ihnen sympathisieren und bereit sind, eine Resolution für den Anschluss an Polen zu unterschreiben. Weigert sich aber die hungerrige, abgerissene und durch den langen Krieg müde gewordene Bevölkerung, die Resolution zu unterschreiben, so bekommt sie von den für sie bestimmten Gaben amerikanischer Wohltäter nichts und wird noch obendrein von den polnischen Behörden verfolgt.

Im Wilnaer Gebiet und in den westlichen Teilen Weissrusslands errichten die Polen Kinderhorte, in denen die weissrussischen und litauischen Kinder systematisch polonisiert werden. Allen Versuchen, systematisch polonisiert werden. Allen Versuchen, weissrussische Kinderhorte einzurichten, stellt die weissrussische Verwaltung unendliche Schwierigkeiten entgegen. Bereits bestehende Kinderhorte erhalten werden Lebensmittel, noch Kleider oder amerikanische Gaben.

Sehr oft werden die amerikanischen Gaben von den Polen verkauft, und der Erlös wird für Propagandazwecke verwendet oder den polnischen Kinderhorten für die Polonisierung der Kinder zugeführt. (W. P. B.)

Handelsteil.

Breslaus Stellung im Handel mit Osteuropa.

Die Erwägungen, die zu den regelmässigen Veranstaltungen einer Messe in Breslau geführt haben, beruhen einmal auf der geographischen Lage Breslaus als Knotenpunkt zahlreicher von West- und Mitteldeutschland nach Ost- und Südosteuropa führenden Eisenbahnlinien, dann auf seiner Bedeutung als Binnenschiffahrtshafen, dann aber auch auf der Rolle, die Breslau in früheren Jahrhunderten bereits als Messeplatz zu spielen berufen war. Ein Austauschplatz für die Warenvermittlung will die Breslauer Messe sein, wie der Breslauer Oberbürgermeister Dr. Wagner in einem Geleitwort für die erste Sondernummer zur Breslauer Messe der Danziger Zeitschrift für die östliche Wirtschaft „DER OSTEN“ beschriftet. In der Aufgabe, die dem Krieg zum Opfer gefalle-

AUF RUF.

Ausserordentliche Deutschenspende.

Deutsche Litauens!

Als es Euch im Frühjahr des vorigen Jahres zum erstenmal dämmerte, dass die neue politische Freiheit auch für Euch gilt, dass auch Ihr mündig geworden seid und das Recht habt, teilzunehmen an der Selbstregierung des Landes, dass auch Ihr, alle Deutsche Litauens, das Recht habt, Euch Euerer deutsche Eigenart, Euerer deutsche Muttersprache in Kirche, Schule, und Haus zu erhalten, da habt Ihr verlangt — es geschah in der Versammlung aller Deutschen Litauens in Kowno am 11. April 1920 —, dass eine Gesamtorganisation geschaffen werden solle, die

alle Deutschen Litauens

umfasse. Mit dem Verlangen war das Versprechen verbunden, dass Ihr von Eurer Seite mit allen Kräften diese Bestrebungen unterstützen würdet.

Habt Ihr Euer Versprechen gehalten?

Nein!

Weder habt Ihr Mitarbeiter gestellt, welche uns in der Resenarbeit unterstützen konnten, noch auch habt Ihr Euch mit Geldspenden beteiligt. Ihr habt es den wenigen Deutschen des Wahlkreises Kowno überlassen, für Euch zu arbeiten, für Euch zu zahlen. Tatet Ihr daran recht? Habt Ihr Euer Versprechen gehalten? Habt Ihr Eure Pflicht erfüllt?

Abermals nein!

Wäret Ihr herbeigeströmt, wie Ihr es durch Eure Vertreter am 11. April versprochen habt, um uns am Hausbau zu helfen, so wären wir heute weiter, als wir sind. Nicht einmal das Fundament des Hauses ist fertig. Nur der eine Eckpfeiler — Kowno mit Wilkowischken und Schacki — steht fest und hat mit seinen 7555 Wahlstimmen bewiesen, dass er gewillt ist, das Deutschtum in Litauen zu stützen. Aber jedes Haus hat vier Eckpfeiler, und wenn es gross und stark sein soll, so sind auch noch Zwischenpfeiler nötig!

Deutsche in den Kreisen Krottingen, Telsche, Tauroggen, Rosijenje, Schaulen, Mariampol usw., das sei besonders Euch gesagt! Wollt Ihr nicht ebensolche Stützen des Deutschtums in Litauen sein? Wollt Ihr nicht die Pfeiler bilden im Hause, dass

alle deutschen Brüder, alle deutschen Schwestern

Litauens wie eine grosse Familie aufnimmt?

Hättet Ihr uns mehr unterstützt, mit Eurer Mitarbeit, so hätten wir Deutschen in Litauen schon einen besonderen Beamtensinspector im Kultuministerium, der die Aufgabe hätte, für unsere

deutschen Schulen

zu sorgen. Dann würde es nicht vorgekommen sein, dass unsere deutschen Kinder in den Schulen nur litauisch sprechen dürfen, dass sie sagen müssen: „Labą rytą, Tamistal!“, und nicht: „Guten Morgen, Herr Lehrer!“ Dann würde es nicht vorgekommen sein, dass deutsche Schulkinder aus dem Hause vertrieben wurden, das ihre deutschen Eltern zusammen mit den anderen Gemeindegliedern gebaut haben, wie es in Abschruten, Kreis Wilkowischken, vorgekommen ist. Dann würde es nicht vorgekommen sein, dass deutsche Kinder in dem deutschen Hause ihrer deutschen Mutter litauisch antworten: „Ne kalbėstu vokiškai, kadangi mokykloj kalbama vien tikai lietuviškai!“ (So geschehen im Kreise Mariampol). Wenn diejenigen deutschen Väter und deutschen Mütter, die für ihre deutsche Muttersprache

KAUNAS, 6. April 1921.

KOWNO—LITAUEN.

Der vorläufige Zentralausschuss der Partei der Deutschen Litauens

O. FREUTEL,

Vorsitzender

Beamter im Finanzministerium.

Beisitzer:

A. Scheffler, Wirballen.

M. Gilde, Wirballen.

O. May, Kibarty.

O. v. BÜCHLER,

Sekretär

Deutscher Abgeordneter im Steigiamasis Seimas.

Frau M. Kehler, Wilkowischki.

Pluschkat, Wilkowischki.

che Achtung, Herz und Liebe haben, in diesen heiligen heiligsten Gefühlen schmerzhaft verwundet werden, so seid Ihr daran schuld Ihr faulen, gewissenlosen Deutschen, die Ihr schlaft und verlangt, dass andere für Euch arbeiten sollen, für Euch zahlen sollen! Ihr seid Verräter am Deutschtum! Und keiner soll uns sagen, er habe nicht gewünscht, wie er das anfangen solle, was er tun solle! Denn:

Wo ein Wille, da ist auch ein Weg!

Wollt ihr Euer Unrecht wenigstens teilweise gut machen, so beteiligt Euch an der

Ausserordentlichen Deutschenspende.

Zu Himmelfahrt den 5. Mai 1921, soll jeder, der nicht bereits Mitglied des Vereins „Partei der Deutschen Litauens“ ist, eine namhafte Geldspende zahlen. Die Pastoren, Kontore, Lehrer usw. werden von hier aus Listen zugeschickt erhalten, in denen Vor- u. Zunamen des Spenders und der von ihm gespendete Betrag vermerkt wird. Sie werden die Spenden entgegennehmen und an uns abführen. Es kann aber auch jeder einzelne Deutsche, und nicht nur Deutsche, auch andere Bürger, die dem Deutschtum wohlgesinnt sind, und nicht nur Bürger Litauens, nein, ganz Europas und der ganzen Welt, sein Scherflein beitragen, und mittels Postanweisung jeden beliebigen Geldbetrag einzahlen auf das Konto Nr. 634 des Vereins „Partei der Deutschen Litauens (Lietuvos Vokiečių Partija) bei Lietuvos Prėkybos ir Pramonės Bankas, Kaunas (Kowno-Litauen), Laisves Aleja Nr. 66.—Die Namen der Spender und die Höhe des Betrages werden öffentlich bekannt gemacht werden.

Deutsche Litauens!

Als der Landesfeind unsere Litauische Heimat überfiel, haben die Bewohner Litauens, etwa 2 Millionen Einwohner, für das Lietuvs Gynimo Komitetas (Landesverteidigungskomitee) über 2 Millionen freiwillige Spenden aufgebracht. Auch Ihr habt Euren Beitrag dazu geleistet. Nun beweist aber auch, dass Eure deutsche Sache, Eure deutsche Muttersprache, Euch nicht minder teuer ist als Euer litauisches Vaterland. Die 60000 Deutsche Litauens missen, wenn sie ebenso gut deutsch fühlen, wie sie sich als litauische Staatsbürger erwiesen haben, mindestens 66 000. — Mark aufbringen, Aber auch diese Summe reicht bei weitem nicht aus, um die erheblichen Unkosten zu decken, welche die Organisationsarbeiten noch erfordern. Gewaltige, kostspielige Arbeit steht uns noch bevor, und zwar in aller kürzester Zeit. Nach Ostern werden die Neuwahlen fuer die Selbstverwaltungen (savvyvaldybės in den valstcius, apskritys, miestai) stattfinden. Da wird von hier aus nicht nur für jede Stadt und jeden Kreis, sondern für jede Gemeinde (valstcius) ein Vertreter entsandt werden müssen, der den Deutschen bei den Wahlen hilft. Denn das darf unter keinen Umständen wieder vorkommen, dass in den savvyvaldybių tarybos die Deutschen so schwach oder garnicht vertreten sind, und die Deutschen Litauens haben in ihren bisherigen Verhalten bewiesen, dass sie zu ungewandt und zu unentschlossen sind, sich selbst zu helfen, Ohne Nachhilfe geht es nun einmal bei unseren lieben Deutschen nicht. Um geübte Parteibeamteter stellen zu können, ist aber Geld nötig, viel Geld, und abermals Geld. Umsonst sind solche Kräfte nicht zu haben, da jeder sein Amt und seinen Beruf und seine Familie hat, die ihn in Anspruch nehmen, und für die er sorgen muss. Noch einmal:

Gebe jeder soviel er kann

zur

Ausserordentlichen Deutschenspende!

nen Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen, fällt dem deutschen Osten und damit Breslau ein Hauptteil zu. Die Aufsätze von Fachleuten, die diese Sondernummer des „Osten“ über den Handel und die Industrie Breslaus, über die Bedeutung Breslaus als Messestadt enthält, sie alle erbringen den Nachweis für die Eignung Breslaus als Vermittler des gesamten Handels zwischen Ost- und Mitteleuropa. Man denke nur an die Entwicklung, die Breslau Industrie, voran die Linke-Hoffmann-Werke, in den letzten Jahrzehnten genommen hat, um die Berechtigung Breslaus zur Abhaltung von Messen zu verstehen. Es mag die diesjährige Breslauer Frühjahrs-

messe durch die noch immer schwebende Lösung der oberschlesischen Frage in ihren Ergebnissen beeinträchtigt werden, Lage und Bedeutung Breslaus als erstklassiger Marktplatz werden in späteren Jahren immer wieder den Ausschlag geben und die Breslauer Messe zu erhalten wissen. Die in der „Osten“ Nummer enthaltenen übrigen Messenachrichten, die wirtschaftlichen Nachrichten, sowie die Berichte über die östliche Schifffahrt und den östlichen Holzmarkt vervollständigen das Bild, das das Wirtschaftsleben Osteuropas augenblicklich zu bieten vermag.

